



STADT HILDESHEIM

Bebauungsplan Nr. 130 Blatt I und 2. Gesamtänderung des Bebauungsplanes Nr. 121 für das Gebiet südlich der Wunramstraße, zwischen Umgehungsstraße und Altdorf

Maßstab 1:500

Zeichenerklärung

Festsetzungen des Bebauungsplanes

Art und Maß der baulichen Nutzung

Wohnbauflächen

- Reine Wohngebiete
- Allgemeine Wohngebiete
- Kleinsiedlungsgebiete

Gemischte Bauflächen

- Mischgebiete
- Kerngebiete
- Dorfgebiete

Baugrenze

- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

- Grenze des 2. Änderung des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 121

Fixierung, Stellung der baulichen Anlagen

- Oberrande Fußboden der Erdgeschosse über NN

Gewerbliche Bauflächen

- Gewerbegebiete
- Industriegebiete

Sonderbauflächen

- Wohnenbauflächen
- Sondergebiete, z. B. Ladengebiete
- Flächen oder Baugrundstücke für den Gemeinbedarf

Schule

- Kindertagesstätte
- Kindergarten
- Kirche
- Jugendherberge

Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze

- III

Zahl der Vollgeschosse zwingend

- 0,2

Grundflächenzahl

- 1,0

Geschossflächenzahl

- 3,0

Offene Bauweise

- nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig

nur Hausgruppen zulässig

- 9

Geschlossene Bauweise

- teilseitig Untergeschoss zulässig

Ausnahmen (siehe textliche Festsetzungen)

- BGF Bruttogeschossfläche

Gründfläche

- a abweichende Bauweise

Aufstufung u. a. Geschosse für Stellplätze

Weitere Nutzungsarten

Verkehrsflächen

- Strassenverkehrsflächen
- Öffentliche Parkflächen
- Strassenbegrenzungslinie
- Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen
- Zu- und Abfahrtsverbot
- Schuttbereich Diese Fläche ist von Sichtbehinderungen über 800 cm gemessen ab Fahrtrahnenberke, freizubehalten
- Strassenachse
- Bochung
- Wegführung

Flächen oder Baugrundstücke für Versorgungsanlagen, z. B. Umformstation

- Pumpwerk
- Mit Gch., Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen
- Führung oberirdischer Versorgungsanlagen
- Arkanen
- Auskrägung
- Flächen für Aufschüttungen

Flächen für Stellplätze oder Garagen

- St Stellplätze
- Ga Garagen
- GSt Gemeinschaftsstellplätze
- GGA Gemeinschaftsgaragen
- TG Tiefgarage
- Fläche mit Bindung u. Befristung und Gch. u. Leitungsrechten

Grünflächen, Flächen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft

- Flächen für die Landwirtschaft
- Flächen für die Forstwirtschaft
- Flächen für Land- oder Forstwirtschaft
- Bäume (dauerhaftes Naturdenkmal)
- Wald

Grünflächen, z. B. Spielplatz

- Parkanlage
- Dauerklinggarten
- Sportplatz

Nachrichtliche Übernahmen

- Naturschutz- (N) oder Landschaftsschutzgebiet (L)
- Wasserschutz- (W), Quellenschutz- (Q) oder Überschwemmungsgebiet (Ü)
- Flächen für Bahnanlagen

Bestandsangaben

- Wohngebäude
- Wirtschafts- und Industriegebäude
- Wasserflächen, Häfen
- Höhenlinie
- Strassenlinien vorh. (gelb)

Folgende Festsetzungen gelten außerdem:

Für die Grundstücke, die direkt an der Wunramstraße liegen, sind gemäß § 9 (3) BauNVO im Verbindung mit dem Bundesrat des Nds. Sozialministers "Schallschutz im Städtebau" Teil II (Bd. Erl. d. M. S. V. 18.4.1974 - 303070 - Gült. L. 391/88" durch Grundrindgestaltung und bautechnische Ausführung (z. B. schallschützende Fenster) Vorkehrungen gegen Lärmimmissionen zu treffen.

Auf den Freiflächen der Baugrundstücke und auf Nebenflächen der Verkehrsflächen (Pronunzierungsstreifen, Parkplätze u. d.) sind, soweit es die Nutzung und die räumliche Situation zulässt, Bäume und Sträucher anzupflanzen und zu erhalten, dabei sollte auf jedem Baugrundstück bzw. je 500 qm Freifläche, wenn nicht vorhanden, mindestens ein hochwachsender einheimischer Laubbaum angepflanzt und erhalten werden (s. § 9 Abs. 1 Ziff. 15 und 16 BauNVO).

Wird die Zahl der Vollgeschosse nicht ausgenutzt, so gelten die Höchstwerte des § 7 BauNVO.

Auflagen des Regierungspräsidenten in Hildesheim:

- Vor Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes Nr. 130 und der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 121 ist nachzuweisen, daß die Planungsrichtlinie der DIN 18005 bei der derzeitigen Belastung der Umgehungsstraße im Zuge der Bundesstraße 243 und auch bei späterer Mehrbelastung dieser Umgehungsstraße durch Anschluß der Südumgehungs Ochtersum im Zuge der Landesstraße 485 eingehalten werden. Dem Nachweis sind die Prognosebelastungen der Ortsumgehung im Zuge der Bundesstraße 243 und der künftigen Südumgehungs zugrunde zu legen und bei der Ermittlung der voraussichtlich entstehenden Kosten heranzuziehen.
- Die im Bebauungsplan Nr. 130, Blatt I und Blatt II festgesetzten Dorfgebiete (MD) sind aus Gründen des Immissionsschutzes gem. § 5 Abs. 3 BauNVO nach der Art der zulässigen Nutzung zu gliedern. Für die landwirtschaftlichen Betriebe kann eine Intensivhaltung nicht zugelassen werden; ebenso müssen Betriebe zur Verarbeitung land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse ausgeschlossen werden.

Über die genaue Formulierung der entsprechenden textlichen Festsetzungen ist das Benehmen mit dem Staatl. Gewerbaufsichtsamt herzustellen.

- a) Der im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 130 - Blatt I - geplante befahrbare Wohnweg ist auf die nach den Bestimmungen der Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RAST-E) erforderliche Mindestbreite von insgesamt 5,50 m (4,50 m Fahrbahn zuzüglich 2 x 0,50 m Schrammbord) (s. RAST-E, Abb. 4.2) zu erweitern und mit einem Wendehammer zu versehen (siehe meine Eintragung in blau).
- b) Die hierfür erforderlichen Mindestabmessungen bitte ich aus den im Bebauungsplan Nr. 130, Blatt I und Blatt II eingezeichneten Skizzen zu entnehmen (siehe meine Eintragung in blau). Dabei ist folgendes zu beachten:
Die geplanten befahrbaren Wohnwege sollen lt. Bebauungsplan in ihrer Gesamtbreite (5,50 m) befestigt werden. Unter Berücksichtigung ausreichend breiter seitlicher Sicherheitsstreifen (0,50 m Schrammbord) beträgt die tatsächlich nutzbare Breite der Fahrbahn deshalb nur 4,50 m. Dies ist bei der vor den Wendepunkten erforderlichen Aufweitung der Fahrbahn (von 4,50 m auf 5,00 m) zu berücksichtigen.

Die im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 130 - Blatt II - geplanten befahrbaren Wohnwege sind ebenfalls durch die erforderlichen Wendeanlagen zu ergänzen (siehe meine Eintragung in blau).

- c) Aufgrund der unter den Punkten 3 a) und 3 b) erhobenen Auflagen sind die Baugrenzen entsprechend zu ändern.

- d) Für den geplanten schleifenförmigen befahrbaren Wohnweg ist Einrichtungsverkehr vorzusehen.

Bebauungsplan eignet sich nicht zum Abgreifen von Maßen

<p>Der Rat der Stadt Hildesheim ist mit Beschluß vom 6. 12. 1976 der in der Genehmigungsverfügung des Herrn Regierungspräsidenten in Hildesheim vom 15. 10. 1976 - 214.2-21. 102 N-2.0.3 (121) - 21. 102 N-2.0.3 (130) - aufgeführten Auflage beigetreten.</p> <p>Hildesheim, den 22. 12. 1976</p> <p>Siegel</p> <p>Bürgermeister Stadtdirektor</p>	<p>Für die Aufstellung des Planentwurfs Hildesheim, den 15. 1. 1976</p> <p>Stadtvermessungsamt Dr. Reesler Vermessungsdirektor</p>	<p>Dem Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 2 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Fassung vom 21. 1. 1976 bis 23. 2. 1976 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen. Die Auslegung ist am 12. 1. 1976 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Einlegung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist bekanntgemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 6. 7. 1976</p> <p>Stadtbaurat</p>	<p>Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 2 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Fassung vom 21. 1. 1976 bis 23. 2. 1976 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen. Die Auslegung ist am 12. 1. 1976 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Einlegung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist bekanntgemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 6. 7. 1976</p> <p>Stadtbaurat</p>
<p>Der Entwurf zu diesem Bebauungsplan wurde auf Grund der gem. § 2 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 vorgebrachten Anregungen und Bedenken geändert. Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am 3. 5. 1976 zugestimmt.</p> <p>Hildesheim, den 6. 7. 1976</p> <p>Stadtbaurat</p>	<p>Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 u. § 6 (1) der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 4. 3. 1965 vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 3. 5. 1976 als Sitzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 beigefügt.</p> <p>Hildesheim, den 6. 7. 1976</p> <p>Stadtdirektor</p>	<p>GENEHMIGT gem. § 11 des Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 (BGBl. I S. 341) nach Maßgabe meiner Verfügung vom heutigen Tage - 214.2-21. 102 N-2.0.3 (130) -</p> <p>Hildesheim, den 15. 10. 1976</p> <p>Der Regierungspräsident im Auftrage gez. Mack</p> <p>(L.B.)</p>	<p>Dieser Bebauungsplan mit Begründung liegt gemäß § 12 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 bis 22. 12. 1976 öffentlich aus.</p> <p>Hildesheim, den 22. 12. 1976</p> <p>Stadtbaurat</p>



Maßstab 1: 500

Zeichenerklärung

Art und Maß der baulichen Nutzung

Wohnbauflächen

	Reine Wohngebiete		Gewerbegebiete
	Allgemeine Wohngebiete		Industriegebiete
	Kleinliegendesgebiete		Wohnendausausbeite
	Mischgebiete		Sondergebiete, z. B. Ladengebiet
	Kerngebiete		Flächen oder Baugrundstücke für den Gemeinbedarf
	Dorfgebiete		Schule
	Baulinie		Kindertagesstätte Kindergarten
	Baugrenze		Kirche
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung		Jugendherberge
	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes		
	Grenze der 2. Änderung des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 121		
	Firstrichtung, Stellung der baulichen Anlagen		
	Obere Kante Fußbodens der Erdgeschoss über NN		

III	Zahl der Vollgeschosse aus Höhengrenze
III	Zahl der Vollgeschosse zuzüglich
0,2	Grundflächenzahl
10	Geschäftsrückzahl
30	Baumassenzahl
0	Offene Bauweise
	nur Einzel- und Doppelhaushaus zulässig
	nur Hausgruppen zulässig
9	Geschlossene Bauweise
IV	teilseitig Untergeschloß zulässig
A 1	Ausschüssen (siehe textliche Festsetzungen)
BGF	Bruttogeschosshöhe
Gr	Grundfläche
a	abweisende Bauweise
iiV	Aufstufung u. z. Geschosse für Steigplätze

Weitere Nutzungsarten

Verkehrsrflächen

	Straßenverkehrsflächen		Flächen oder Baugrundstücke für Versorgungsanlagen, z. B. Umformstation		Flächen für Stellplätze oder Garagen
	Örtliche Parkflächen		Pumpwerk		Stellplätze
	Straßenbegrenzungslinie		Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen		Garagen
	Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen		Führung oberirdischer Versorgungsanlagen		Gemeinschaftsstellplätze
	Zu- und Abfahrtsverbot		Akulation		Gemeinschaftsgaragen
	Schreckstreif		Ausladung		Tiefgarage
	Schreckstreif		Flächen für Aufschüttungen		Fläche mit Bindung und Befestigung und Leitungsrechten
	Straßenkante				
	Böschung				
	Wegführung				

Grünflächen, Flächen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft

	Grünflächen		Wohngebäude
	z. B. Spielplatz		Wirtschafts- und Industriegebäude
	Parkanlagen		Wasserflächen, Bänke
	Deutungskindern		
	Sportplatz		

Nachrichtliche Übernahmen

	Naturschutz- (N) oder Landschaftsschutzgebiet (L)		Wohngebäude
	Wasserschutz- (W), Quellschutz- (Q) oder Überschwemmungsgebiet (U)		Wirtschafts- und Industriegebäude
	Flächen für Bahnanlagen		Wasserflächen, Bänke

Bestandsangaben

	Wohngebäude
	Wirtschafts- und Industriegebäude
	Wasserflächen, Bänke

Legende

Reine Wohngebiete

Allgemeine Wohngebiete

Kleinliegendesgebiete

Mischgebiete

Kerngebiete

Dorfgebiete

Baulinie

Baugrenze

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Grenze der 2. Änderung des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 121

Firstrichtung, Stellung der baulichen Anlagen

Obere Kante Fußbodens der Erdgeschoss über NN

Grünflächen

z. B. Spielplatz

Parkanlagen

Deutungskindern

Sportplatz

Wohngebäude

Wirtschafts- und Industriegebäude

Wasserflächen, Bänke

Wegführung

Naturschutz- (N) oder Landschaftsschutzgebiet (L)

Wasserschutz- (W), Quellschutz- (Q) oder Überschwemmungsgebiet (U)

Flächen für Bahnanlagen

Wohngebäude

Wirtschafts- und Industriegebäude

Wasserflächen, Bänke

Wegführung

Reine Wohngebiete

Allgemeine Wohngebiete

Kleinliegendesgebiete

Mischgebiete

Kerngebiete

Dorfgebiete

Baulinie

Baugrenze

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Grenze der 2. Änderung des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 121

Firstrichtung, Stellung der baulichen Anlagen

Obere Kante Fußbodens der Erdgeschoss über NN

Grünflächen

z. B. Spielplatz

Parkanlagen

Deutungskindern

Sportplatz

Wohngebäude

Wirtschafts- und Industriegebäude

Wasserflächen, Bänke

Wegführung

Naturschutz- (N) oder Landschaftsschutzgebiet (L)

Wasserschutz- (W), Quellschutz- (Q) oder Überschwemmungsgebiet (U)

Flächen für Bahnanlagen

Wohngebäude

Wirtschafts- und Industriegebäude

Wasserflächen, Bänke

Wegführung

Folgende Festsetzungen gelten außerdem

Für die Grundstücke, die direkt an der Wunramstraße liegen, sind gemäß § 9 (3) BBAUG in Verbindung mit dem Runderlaß des Nds. Sozialministers "Schallschutz im Städtebau" Teil II (Rd. Erl. d.M.S.V. 18.4.1974 - 303070 - Gült. L. 391/88' durch Grundrißgestaltung und bautechnische Ausführung (z.B. schalldichte Fenster) Vorkehrungen gegen Lärmimmissionen zu treffen.

Auf den Freiflächen der Baugrundstücke und auf Nebenflächen der Verkehrsbereiche (Trennungstreifen, Parkplätze u. ä.) sind, soweit es die Nutzung und die räumliche Situation zulässt, Bäume und Sträucher anzupflanzen und zu erhalten, dabei sollte auf jedem Baugrundstück bzw. je 500 qm Freifläche, wenn nicht vorhanden, mindestens ein hochwachsender einheimischer Laubbaum angepflanzt und erhalten werden (s. § 9 Abs. 1 Ziff. 15 und 16 BBauG).

Bebauungsplan eignet sich nicht zum Abgreifen von Maßen

<p>Die Planmaterie entwickelt den Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedingten Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach Stand vom <u>15. 1. 1974</u> ...</p> <p>Hildesheim, den <u>15. 1. 1976</u></p> <p>Stadtverwaltungsamt</p> <p><i>Dr. Rüdiger</i> Verwaltungsdirektor</p>	<p>Für die Aufstellung des Planmaterials.</p> <p>Hildesheim, den <u>15. 1. 76</u></p> <p>Stadtverwaltungsamt</p> <p><i>1. A. Hoyerke</i> Leitender Bauingenieur</p>
<p>Den Entwurf des Begründung zu diesem Bebauungsplan hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Sitzung am <u>13. 10. 76</u> ... zugestimmt</p> <p>Hildesheim, den <u>6. 7. 76</u></p> <p><i>H. Neumann</i> Stadtbaurat</p>	<p>Den Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 2 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Zeit vom 21. 11. 76, ab 23. 2. 76, zu jedermanns Einsicht Öffentlich ausgestellt. Die Auslegung ist am <u>12. 1. 76</u>, mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Einlegung von Anträgen und Bedenken während der Auslegungsfrist bekanntgegeben worden.</p> <p>Hildesheim, den <u>6. 7. 76</u></p> <p><i>H. Neumann</i> Stadtbaurat</p>
<p>Der Entwurf zu diesem Bebauungsplan wurde auf Grund des § 2 (I) Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 vorgelegten Anregungen und Bedenken zugestimmt. Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am <u>13. 7. 76</u> ... zugestimmt.</p> <p>Hildesheim, den <u>6. 7. 76</u></p> <p><i>H. Neumann</i> Stadtbaurat</p>	<p>Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 1 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 u. § 1 (1) der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 23. 6. 1960 u. § 10 des Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom <u>30. 7. 76</u> ... als Sitzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 1 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 beigefügt.</p> <p>Hildesheim, den <u>6. 7. 76</u></p> <p><i>K. Hoyerke</i> Bürgermeister Stadtbaurat</p>
<p>GENEHMIGT</p> <p>gem. § 11 des Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 (BGBl. I S. 341) nach Maßgabe meiner Vorlesung vom heutigen Tage <u>15. 1. 1976</u> in der Sitzung vom <u>15. 1. 1976</u> ... zugestimmt.</p> <p>Hildesheim, den <u>15. 1. 1976</u></p> <p>Der Regierungspräsident des Auftrages</p> <p>(L.S.)</p> <p>gez. Mack</p>	<p>Dieser Bebauungsplan ist auf Grund des § 11 des Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 u. § 22, 1. 1976 öffentlich aus. Die Genehmigung/ Ort und Zeit des Auftrages sind gemäß § 12 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 mit dem Amtsdienst für den Landkreis Hildesheim bekanntgegeben worden.</p> <p>Hildesheim, den <u>22. 12. 1976</u></p> <p>Stadtbaurat</p>

- Aufgaben des Regierungspräsidenten in Hildesheim:
1. Vor Rechtsverfehllichkeiten des Bebauungsplanes Nr. 130 und der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 121 ist nachzuweisen, daß die Planrichtigkeit gemäß der DIN 18005 bei der derzeitigen Belastung der Straßenstraße 130 und der Landesstraße 242 und auch bei späterer Mehrbelastung dieser Ortsumgehungstraße durch Anschluß der Südumgehung Ochtersum im Zuge der Landesstraße 485 eingehalten werden.
Den Nachweis sind die Prognosebelastungen der Ortsumgehung im Zuge der Bundesstraße 243 und der künftigen Südumgehung zugrunde zu legen, bei der Ermittlung der voraussichtlich entstehenden Kosten heranzuziehen.
 2. Die im Bebauungsplan Nr. 130, Blatt I und Blatt II festgesetzten Dargebote (MD) sind aus Gründen des immissionsschützenden § 5 Abs. 3 BauV nach der Art der zulässigen Nutzung zu geringfügig für wirtschaftliche Betriebe kaum zu realisieren. Diese Betriebe nicht zugelassen werden; ebenso müssen Betriebe zur Vermeidung von Verschmutzungen und für wirtschaftlicher Erzeugnisse ausgeschlossen werden.
Über die genaue Formulierung der entsprechenden textlichen Festsetzungen ist das Benehmen mit dem Stadt. Gewerbeaufsichtamt herzustellen.
 3. Der im Bereich des Bebauungsplans Nr. 130 - Blatt I - geplante befahrbare Highway ist auf die nach den Bestimmungen der Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (§ 5.2) erforderliche Mindestbreite von insgesamt 5,50 m, 4,50 m Fahrbahn zuzüglich 2 x Schrämbord (§ 9. RMStV, Abs. 4, 2) zu erweitern und mit einem Mischpflaster zu versehen (siehe meine Eintragung in Blau).
 4. Die hierfür erforderlichen Mindestabmessungen bitte sich in dem im Bebauungsplan Nr. 130, Blatt II, 1) eingetragenen Skizzen zu entnehmen (siehe meine Eintragung in Blau). Dabei ist folgendes zu beachten:
Die geplanten befahrbaren Highway sollen die Bebauungserfüllung im Bereich der Landesstraße 242 bestmöglich unter Berücksichtigung ausreichend breiter seitlicher Sicherheitsstreifen (0,50 m Schrämbord) beträgt die tatsächlich nutzbare Breite der Fahrbahn deshalb nur 4,50 m. Die Stadt, die vor den Mängelplätzen erforderlichen Aufweitung der Fahrbahn (von 4,50 m auf 6,00 m) zu berücksichtigen.
 5. Die im Bereich des Bebauungsplans Nr. 130 - Blatt II - geplanten befahrbaren Highway sind im Falle des Entstehens erforderlichen Mängelanlagen zu ergänzen (siehe meine Eintragung in Blau).
 6. Aufgrund der unter den Punkten 3) und 4) erhobenen Auflagen sind die Baugrenzen entsprechend zu ändern.
 7. Für den geplanten schleifenförmigen befahrbaren Highway ist Einrichtungsverkehr vorzusehen.
 8. Für die nördliche Abgrenzung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes gelten die Festlegungen des Planfeststellungsbeschlusses von 17.10.72, wobei die Vermarkung so zu erfolgen hat, daß die im Bereich der Straßen 130 und 242 liegenden Anlagen, die zu den Straßen 130 und 242 gehören, nicht jedoch die die Stadt geplanten Lärmschutzanlagen in Betracht kommen.
 9. Die Genehmigung zur Errichtung der Lärmschutzanlagen ist auf Kosten der Bauherren nach der Anlage der Straßen im Stadtgebiet von Hildesheim zu erteilen und zu unterhalten. Entsprechungen der Landesstraße 243 dürfen durch die Errichtung der Lärmschutzanlagen nicht beeinträchtigt werden.
 10. Die Genehmigung zur Errichtung der Lärmschutzanlagen in der Baugrenze nach der Anlage der Straßen im Stadtgebiet von Hildesheim zur Errichtung sind jedoch die Planunterlagen den Straßenbauamt Hildesheim zur weiteren Abstimmung mit den städtebaulichen Belangen zur Erteilung einer Zustimmung vorzulegen.
 11. Die im Eigentum und in der Unterhaltung der Stadt Hildesheim zu errichtenden Lärmschutzanlagen sind entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zu errichten. Die Straßenbauverwaltung ist verpflichtet, die Lärmschutzanlagen in der Baugrenze nach der Anlage der Straßen im Stadtgebiet von Hildesheim zu errichten, die Lärmschutzanlage erst durch Hinzukommen des neuen Bebauungsplans erforderlich wird.
 12. Die entsprechenden Willkürnennungsabstellplätze sind im Bebauungsplan Nr. 130 und der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 121 noch festzusetzen.
 13. Der Vermerk des Stadtverwaltungsamtes ist entsprechend dem "Geme. RdG", d. III und d. VI, MS vom 19.10.74, (MSt. MBl. 32/1974) zu formulieren.

Der Rat der Stadt Hildesheim ist mit Beschluß vom 6. 12. 1976 in der in der Genehmigungsverfügung des Herrn Regierungspräsidenten in Hildesheim vom 15. 10. 1976 - 214.2-21. 102 N-2.0.3 (12) - 21. 102 N-2.0.3 (13) aufgeführten Auflage beigetreten.

Hildesheim, den 22. 12. 1976

Stapel

Bürgermeister	Stadtdirektor
---------------	---------------